



## Der Zeuge mit dem roten Schal

Er entging nur knapp dem Holocaust, der Kampf gegen Rechts wurde sein Lebensthema. Nun ist der Schriftsteller Ralph Giordano gestorben. Seite 15

Fotos: dpa/Angelika Warmuth (l.), Hans-Jörg Schönherr (r.)

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

## Vorbei. Was nun?

Literarische Texte und Bilder aus Ostdeutschland. Seite 16



Donnerstag, 11. Dezember 2014

69. Jahrgang/Nr. 288

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Zerrbild und Vorbild

Tom Strohschneider über das Verfahren gegen Bodo Ramelow

Die sächsische Justiz will ein Verfahren gegen Bodo Ramelow fortsetzen und hat beantragt, seine Immunität als Landtagsabgeordneter aufzuheben. So weit, so recht. Der Fall macht Schlagzeilen, weil der Politiker inzwischen erster Ministerpräsident aus der Linkspartei ist. Einem Gericht wird man nicht schon deshalb leichtfertig die Unabhängigkeit absprechen. In diesem Fall aber bleibt mehr als ein Geschmack.

Erstens, weil es in der Sache praktisch nur noch um eine Kostenfrage geht und monatelang nicht passierte – bis kurz vor der Ministerpräsidentenwahl. Zweitens, weil es um antifaschistisches Engagement geht und der Richter in dem Fall vor längerer Zeit von einer »negativen Vorbildfunktion« Ramelows sprach – was für ein Zerrbild! Dass hier friedlicher Protest gegen rechten Ungeist als schlechtes Beispiel diffamiert wird, ist drittens leider üblich: Die sächsische Justiz hat in den vergangenen Jahren immer wieder demonstriert, dass ihr an Kriminalisierung von demokratischer Zivilcourage gelegen ist.

Immerhin: Die Aufmerksamkeit, die der Fall bekommt, vermag einen Beitrag dazu zu leisten, über die »sächsischen Verhältnisse« aufzuklären – die sich schon gegen viele Couragierte richteten. Und er macht eines klar: Widerstand gegen Nazis, auch gegen den grassierenden, als »Islamkritik« verbrämten Rassismus, braucht Mut – und vorbildhafte Leute, die sich nicht einschüchtern lassen, wenn Gerichte mit Verfahren drohen. Wenn darunter ein Ministerpräsident ist, umso besser.

## UNTEN LINKS

Wichtige Handreichungen zur Reduzierung von Krankheiten, wenn nicht gar zu deren Abschaffung, gibt der Gesundheitsreport der Betriebskrankenkassen. Zum einen fördert der Bericht nämlich zutage, dass »Angebot und Nachfrage gerade bei psychischen Störungen weit auseinanderklaffen«, wie tageschau.de zusammenfasst. So wurden in Sachsen-Anhalt, das »die geringste Anbieterdichte« von Psychologen und Psychiatern aufweist, kaum Depressionen diagnostiziert. Schwer depressive Regionen wie das Saarland sollten vom Osten lernen: Macht die vielen Klapsen zu, dann gibt es auch keine Verrückten mehr! Zweitens deckt der Report auf, dass Art und Anzahl von Erkrankungen in Betrieben in unmittelbarem Zusammenhang mit der Unternehmensführung stehen. Als gefährliche Krankheitserreger sind mithin die Chefs ausgemacht worden. Es muss jetzt nur noch ein Mittel entwickelt werden, das die Belegschaften gegen diese Bazillen immunisiert. mha

## Historisches Quötchen

Künftig sollen 30 Prozent Frauen in Aufsichtsräten sitzen – in 100 Unternehmen



Foto: iStock/colorofftime

Berlin. Jubel! Champagner! In den Büros von deutschen Managerinnen könnten am heutigen Donnerstag die Korken knallen. Denn für sie steigt die Wahrscheinlichkeit, in den Aufsichtsrat eines Unternehmens einzuziehen. 30 Prozent der Posten in den Kontrollgremien von Großunternehmen, die voll mitbestimmungspflichtig und in Deutschland börsennotiert sind, werden nach dem vorgesehenen Beschluss des Bundeskabinetts künftig für Frauen reserviert sein.

Ein riesiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung der Geschlechter – so könnte man meinen in Anbetracht der erbitterten Dis-

kussionen, die dieser Entscheidung vorangingen, und dem jahrzehntelangen Gezerre um freiwillige Selbstverpflichtungen und »Flexiquoten«. Tatsächlich betrifft die Regelung lediglich rund 100 Unternehmen. Und bei den 30 Prozent werden auch Frauen mitgezählt, die von den Gewerkschaften in die Aufsichtsräte geschickt werden. Denen natürlich eine Quote auch nicht schaden kann. Außerdem haben sich die potenziellen weiblichen Aufsichtsratsmitglieder unter Umständen noch eine ganze Weile zu gedulden, denn die Quote muss zwar ab 2016 bedacht werden, allerdings erst bei der Neubesetzung

der lukrativen Posten. Ströme von Champagner dürften also nicht gerade fließen.

Ohnehin können sich Millionen von Frauen in erbärmlich bezahlten Sozial-, Pflege- oder anderen Dienstleistungsjobs ohne Aufstiegsperspektive von der »historischen Entscheidung« (Justizminister Heiko Maas) nichts kaufen. Und bis sich der von Frauenministerin Manuela Schwesig ausgerufenen »kulturelle Wandel« in der Arbeitswelt vollzogen hat, sind sie vermutlich längst von der wachsenden Gruppe derer, die trotz Arbeit arm sind, zu den von Altersarmut Betroffenen übergewechselt. rst Seite 2

## Die tödlichste Fluchtroute der Welt

Mindestens 3400 Menschen ertranken 2014 auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa

Laut UN starben in diesem Jahr so viele Flüchtlinge auf dem Mittelmeer wie noch nie zuvor. Ein Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik ist dennoch nicht in Sicht.

Von Katja Herzberg

Krieg, Hunger und Gewalt lassen immer mehr Menschen ihre Heimatländer verlassen, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. 207 000 Menschen waren es laut Vereinten Nationen im Jahr 2014, fast dreimal so viele wie im bisherigen Rekordjahr 2011. In der Hoffnung auf ein besseres Leben machen sich derzeit besonders viele Syrer und Eritreer auf den Weg, doch noch vor ihrer Ankunft werden viele von ihnen erneut traumatisiert: Sie müssen sich von Schleppern drangsaliert lassen, sie müssen mit ansehen, wie andere Schutzsuchende verdursten oder ertrinken, sie müssen um ihr Überleben kämpfen.

Die Zahl der Opfer solcher Bootsunglücke war vermutlich noch nie so hoch wie in diesem Jahr. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) zählte bislang 3419 Tote. Damit sei das Mittelmeer zur »tödlichsten Fluchtroute der Welt« geworden.

UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres ist alarmiert und forderte die Regierungen der EU-Länder zu einem Kurwechsel auf. »Einigen Regierungen ist der Schutz ihrer Grenzen zunehmend wichtiger als Asyl zu gewähren«, sagte Guterres in Genf. Die nationale Politik dürfe nicht dazu führen, dass Menschenleben zu »Kollateralschäden« würden.

Das UNHCR veröffentlichte die Zahlen am Internationalen Tag der Menschenrechte und vor Beratungen mit Regierungsvertretern und Nichtregierungsorganisationen, bei denen über besseren Schutz von Flüchtlingen gesprochen werden sollte. »Wer flüchtet, um sein Leben zu retten, lässt sich

nicht durch Abschreckung stoppen«, wandte sich Guterres gegen Äußerungen, wonach Flüchtlinge aus dem Meer zu bergen lediglich bedeute, mehr Anreize zur Einwanderung zu schaffen.

»Einigen Regierungen ist der Schutz ihrer Grenzen zunehmend wichtiger als Asyl zu gewähren.«

António Guterres, UN-Flüchtlingskommissar

Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst (LINKE) sieht in den neuen Zahlen den Beweis dafür, dass die Beendigung des italienischen Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum »ein großer Fehler« war. Italiens Marine rettete innerhalb eines Jahres 150 000 Menschen im Mittelmeer. Das Pro-

gramm wurde durch die schlechter ausgestattete und von der EU-Grenzschutzagentur koordinierte Mission Triton abgelöst. Neben einem umfangreichen europäischen Rettungsprogramm fordert Ernst, dass »nicht mehr über das Ob, sondern das Wie der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in Europa« debattiert wird. »Wirtschaftskräftige Länder wie Frankreich und Österreich müssen sich ebenso beteiligen wie Deutschland und Schweden es bereits tun.«

Die EU-Regierungen wollen jedoch offenbar die Abschottungspolitik fortsetzen. Die Innenminister stießen erst am Freitag mit einem Vorschlag auf Kritik, Flüchtlingslager in Drittländern einzurichten. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl bezeichnete diese Idee als »unrealistisch«.

Auch weltweit sind laut UNHCR in diesem Jahr mehr Menschen per Boot geflohen als je zuvor. Insgesamt seien dabei 4270 Menschen ums Leben gekommen. Seite 3

## Ramelow: Ich lasse mich nicht einschüchtern

Sächsische Justiz will Verfahren gegen LINKE-Politiker fortsetzen

Berlin. Politiker der Linkspartei haben mit Empörung auf das Vorgehen der sächsischen Justiz gegen Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow reagiert. Das Dresdner Amtsgericht hatte zuvor die Aufhebung von Ramelows Abgeordneten-Immunität beantragt, um ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz weiterführen zu können – wegen der Beteiligung des Politikers an einem Protest gegen einen Aufmarsch von Neonazis im Jahr 2010. »Die Kriminalisierung friedlicher Anti-Nazi-Proteste ist empörend. Zivilcourage ist kein Verbrechen«, sagte die Parteivorsitzende Katja Kipping. Ihre Thüringer Amtskollegin Susanne Hennig-Wellsow erklärte, »die sächsische Justiz erweist mit ihrem Vorgehen dem friedlichen Protest gegen alte und neue Nazis einen Bärendienst«.

Das Gericht wirft Ramelow vor, eine friedliche Blockade initiiert zu haben. Der LINKE-Politiker selbst erklärte, er habe seinerzeit als Vermittler zwischen Demonstranten und Polizei gewirkt. Der Ministerpräsident sagte zudem, er werde sich auch weiterhin »mit erhobenem Haupt vor jene stellen«, die gegen Neonazis, Rassismus und Antisemitismus protestieren.

Unterdessen ist Hennig-Wellsow zur neuen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag von Thüringen gewählt worden. Für die 37-Jährige votierten am Mittwoch 18 der 27 anwesenden Abgeordneten. Bei den grünen führt künftig Dirk Adams. nd Seite 5

## Schulterschluss am rechten Rand

Kritik an AfD wegen Unterstützung von Pegida

Berlin. Politiker von CDU und SPD haben der Alternative für Deutschland (AfD) vorgeworfen, politisches Kapital aus der Anti-Islam-Bewegung Pegida zu schlagen. »Wir müssen rechte, populistische Stimmungsmacher wie die AfD, die diese menschenverachtenden Proteste verharmlosen und sogar begrüßen, in die Schranken weisen«, forderte SPD-Vize Ralf Stegner am Mittwoch. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) forderte die Mitglieder seiner Union in der »Welt« auf, der AfD mit einer eigenen deutlichen Sprache »den Nährboden für ihren politischen Populismus« zu entziehen.

In Dresden hatten sich am Montag etwa 10 000 Menschen an einer Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) beteiligt, so viele wie nie zuvor. Das Bündnis, das seit zwei Monaten immer montags in Dresden auf die Straße geht, tritt unter anderem für eine Verschärfung des Asylrechts ein. Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke hatte die Demonstrationen begrüßt.

Tillich rief seine Partei zur Auseinandersetzung mit der AfD auf. »Die Union muss die Themen, die anzusprechen sind, auch deutlich ansprechen«, sagte er. »Islam-Angst wird von den Rechten als Trittbrett missbraucht«, erklärte dagegen Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) der dpa. »Wir müssen die Ängste in der Bevölkerung zwar ernst nehmen, dürfen gleichzeitig aber nicht zulassen, dass diese zu Unrecht geschürt oder sogar missbraucht werden.« dpa/nd Seite 5

Heute auf Seite 10  
Gesund leben

Wie bleibt man möglichst lange jung? Radprofi Lothar Appler verrät nd-Lesern sein Rezept.

ISSN 0323-3375

